

2013-07-02

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
07.05.2013

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr
Sitzungsort: Orangerie des Georgengartens, Heinz-Röttger-Str. 18,
06846 Dessau-Roßlau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Anwesend bis TOP 6.1

Fraktion der CDU

Trocha, Harald

Ab TOP 6.2 - Vorsitz des Ausschusses für
Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Gebhardt, Roland

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Fraktion NEUES FORUM

Hofmeister, Dirk

Entschuldigt

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, über eine vor der heutigen Sitzung stattgefundene Baustellenbegehung an den Meisterhäusern. Informiert wurde dabei zu den Ergebnissen der Bemusterung der Verglasungen, die Lasur der Betonoberflächen und die Erstellung der Artefakte in den GebäudInnenbereichen. Als Ausblick wurde gegeben, dass Ende August/Anfang September erneut über den Stand der Arbeiten berichtet und ein geeigneter Termin zur Information der Öffentlichkeit gesucht werde.

Herr Schönemann stellte die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie - mit 8 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde kein Änderungsbedarf angezeigt, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift 09.04.2013

Unter Bezugnahme auf das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 09.04.2013 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, daran erinnert, dass seitens der Verwaltung Zuarbeiten zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans "Daseinsvorsorge in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg" - Festlegung der Grundzentren und der geplanten Errichtung von Biogasanlagen und der Anregung einer öffentlichen Information zu diesem Thema zugesagt wurden.

Weitere Anmerkungen wurden nicht vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 2

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die Beschlussfassungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 09.04.2013:

Vergabe von Bauleistungen

BV: Umbau, Erweiterung und Sanierung GS und Hort Friederikenstraße

Los 18: Elektroinstallation

Vorlage: BV/062/2013/VI-65

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt (Abstimmungsergebnis: 9 : 0 : 0)

Vergabe von Bauleistungen

Städtebauliche Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser"

Vergabe: Herstellung, Lieferung und Einbau von Sonderelementen aus Glas

Vorlage: BV/069/2013/VI-65

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt (Abstimmungsergebnis: 9 : 0 : 0)

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Städtebauliche Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser in Dessau Vorlage: IV/012/2013/VI-65

Ergänzend zur vorliegenden Informationsvorlage, reichte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, den aktuellen Kostenstatus als Prognose der Kostenentwicklung des Vorhabens aus. Dem bislang größten Kostenrisiko der Verglasungsarbeiten habe man mit der Vergabe und der Klärung des Verfahrens abhelfen können. Trotz des derzeit ausgewiesenen geringen Defizitbetrages, der jedoch einer ständigen Aktualisierung entsprechend des Bauablaufs unterliege, könne man, was die Einhaltung des Gesamtkostenrahmens anbetrifft, einen vorsichtig optimistischen Ausblick wagen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, äußerte die Bitte, dass diese positiven Informationen und der Stand der Arbeiten durch das Dezernat im Rahmen einer Presseinformation veröffentlicht werden.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Standortentscheidung zum Neubau der Schwimmhalle Vorlage: BV/099/2013/I-OB

Einführend wies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf die mit der Bauaufgabe verbundene Chance zur Stadtentwicklung hin. Zum bislang abgelaufenen Prozess der Projektentwicklung merkte er kritisch an, dass ursprünglich vorgesehen war, mit ei-

nem ersten Projekt die Qualifizierung der WBD zu einer Stadtentwicklungsgesellschaft umzusetzen und die Strukturen der Geschäftsführung und des Aufsichtsgremiums den Erfordernissen anzupassen. Dem entsprechend sei in der Dienstberatung des OB festgelegt worden, für das Projekt einen Planer zu beauftragen und diesbezügliche Mittel bereit zu stellen. Der Auftrag zur Steuerung des Projekts wurde an die WBD ausgereicht, jedoch trotz geführter Absprachen kein Planer für die weitere Projektbearbeitung eingestellt.

Ein Sonderausschuss und eine Begehung der infrage kommenden Grundstücke für den Schwimmhallenneubau waren Grundlage der Abstimmung zu den Rahmenbedingungen und der Eingrenzung der Standorte.

Zum Standort Marktstraße ging eine Anfrage der WBD- Geschäftsführung an die DWG, die aufgrund der direkten Ausreichung ohne Kenntnisnahme der Verwaltung oder des Verwaltungsratsvorsitzenden der DWG beantwortet wurde und Grundlage einer Beschlussfassung des Verwaltungsrates der WBD war. Da hierin zahlenmäßige Unstimmigkeiten eingearbeitet waren, wurde in Abstimmung der DWG, der WBD und der Verwaltung die Entscheidungsvorlage überarbeitet, die im Ergebnis ein abweichendes Bild ergebe.

Letztendlich weise die Vorlage im direkten Vergleich der zwei infrage kommenden Flächen standortbedingte Mehrkosten des Standorts Marktstraße in Höhe von 541 T€ aus.

Aus der bereits geführten Diskussion zu eventuellen Erweiterungsmöglichkeiten an beiden Standorten verwies Herr Beigeordneter Hantusch auf das Flächenangebot von 6.022 m² am Standort Marktstraße, das den derzeitigen Grundflächenbedarf der Südschwimmhalle von 1.800 m² mehr als abdeckt.

In der Prüfung der verschiedenen Kriterien der Standorte sowie der einhergehenden Synergien mit benachbarten Nutzungen laute das eindeutige Fazit der Verwaltung, den innerstädtischen Standort zu empfehlen. Die letztendliche Entscheidung habe nunmehr der Stadtrat zu treffen.

Da der Prozess bisher nicht optimal gelaufen sei, sei es nun wichtig, eine sachliche Diskussion zur Beschlussvorlage zu führen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, warum der OB Einreicher dieser Vorlage sei, verwies **Herr Beigeordneter Hantusch** auf dessen Funktion als Verwaltungsratsvorsitzender der WBD. Darüber hinaus sei die Vorlage dezernatsübergreifend erarbeitet worden und an deren Spitze stehe der OB.

Eine weitere Anfrage von **Herrn Trocha** zur Zustimmung des Verwaltungsrats der WBD zur Vorlage beantwortete **Herr Beigeordneter Hantusch** dahingehend, dass die Unterlage dem Gremium zur Kenntnisnahme in dessen letzter Sitzung am 29.04.13 vorgelegt wurde.

Dies wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, als Mitglied des Verwaltungsrates der WBD bestätigt. Er erklärte, dass der Prozess – durch die Einbeziehung des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung und die Beteiligung der Fachausschüsse bis zum Stadtrat – nunmehr ablaufe, wie dies von Beginn an nötig gewesen wäre.

Man könne nach dem bisherigen Ablauf jedoch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. In Bezug auf eine mögliche Förderung steuere man aufgrund der mangelnden Qualität des Förderantrages auf eine Umsetzung in den Jahren 2015 und 2016 hin. Die Politik habe gefordert, dass die Abwicklung des Vorhabens durch die WBD erfolge, nachdem durch Verwaltung und Politik der Standort entschieden sei.

Nach Prüfung der Vorlage seien Fragen zur Notwendigkeit einer Weißen Wanne an beiden Standorten, der erforderlichen Deponierung des Aushubmaterials, der nur im Jahr 2013 zur Verfügung stehenden Abrissförderung, den Gebäudewerten und den angedachten Grundstückstauschen zu klären. Auch mit den Banken seien keine Gespräche zu Beleihungsobjekten geführt worden. Die Nähe zum Gesundheitsbad sei nicht thematisiert. Erhöhte Architekturansprüche gingen zu Lasten der Inhalte, zusätzliche Verkehre seien zu beachten.

Zusammenfassend sei anzumerken, dass die Fraktion Pro Dessau-Roßlau die Vorlage ablehne und nach wie vor den Standort Ludwigshafener Straße favorisiere.

Den durch Herr Otto aufgemachten Vorwürfen, Zahlenmaterial manipuliert zu haben, widersprach **Herr Beigeordneter Hantusch**. Für solche Behauptungen sei der Nachweis zu erbringen. Eine solche Herangehensweise an die Thematik sei nicht erkennbar.

Bezüglich der aufgeworfenen Fragen u. a. zur Notwendigkeit einer Weißen Wanne stütze man sich auf vorliegende Gutachten und die Aussagen des Geschäftsführers der WBD, Herrn Tobler. Die ansonsten infrage gestellten Zahlen resultieren aus der konkretisierenden Nachfrage bei der DWG. Eine Abrissförderung werde es auch in den Folgejahren geben, lediglich die Altschuldenerhilfe laufe im Jahr 2013 aus. Die angemahnten Gespräche zu den Grundstückstauschen bzw. eventuellen Beleihungsobjekten zur Ersatzbesicherung werde man erst führen, wenn eine Entscheidung zum Standort gefallen sei.

Seitens der Stadträte sei den Vorlagen ein entsprechendes Maß an Vertrauen entgegenzubringen. Ohne einen Beweis zu erbringen, solle man die hier vorgebrachten Vorwürfe lassen.

Diese Auffassung von Herrn Hantusch teilend, äußerte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, Bedenken, da der innerstädtische Standort seine Schwierigkeiten beinhalte. So müsse für die alten, bestehenden Stadtkanten ein Äquivalent durch den Neubau geschaffen werden und die Bauqualität müsse dem Standort gegenüber der Marienkirche entsprechen. Dies mit einer Schwimmhalle zu erreichen, sei nicht einfach. Wie ist geplant, die geforderten Qualitäten zu erreichen, ist ein Wettbewerb vorgesehen und wie sieht der dafür vorgesehene finanzielle Rahmen aus?

Um die benannten Qualitätsansprüche zu erreichen, so **Herr Reinsdorf, Referent des Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, habe man in der Erläuterung des weiteren Verfahrens zur Beauftragung eines geeigneten Planers bereits in der Vorlage (Seite 14), neben der Notwendigkeit der Durchführung eines VOF-Verfahrens, erste Prämissen der Bauaufgabe für die Aufgabenstellung eines Planungswettbewerbs beschrieben.

Nachdem **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ebenso auf die höheren Qualitäten verwies, die der innerstädtische Standort verlange, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass man dies erkannt und in der Vorlage als Gegenstand der Planung benannt habe. Eine anspruchsvolle Gestaltung sei aber nicht zwingend mit hohen Kosten verbunden. Aktuelle Beispiele der Arbeit des Gestaltungsbeirats belegen dies.

In dieser Gratwanderung habe man, so **Herr Schönemann**, bisherige langfristige Planungen – wie das Integrierte Stadtentwicklungskonzept oder den Masterplan Innenstadt – in Betracht zu ziehen. Zielstellung sei deshalb die Verdichtung der innerstädtischen Bereiche und die Gestaltung der Innenhöfe. Zur angesprochenen Nähe des Gesundheitsbades müsse man die unterschiedlichen Nutzergruppen beachten. Anders als im Gesundheitsbad richte sich hier das Angebot an Sportler, Schulen und Vereine. Künftig könne in Synergie zum Gymnasium und zu anderen Einrichtungen ein weiterer Magnet in der Innenstadt entstehen.

Die Frage des notwendigen Flächentauschs und der Umschuldungen sei nach der Entscheidung des Stadtrats einer abschließenden Lösung zuzuführen. Auch Umzugsproblematik sei lösbar, hier müsse eine klare Botschaft an die Mieter gesandt werden, die entsprechende Angebote an neuem aufgewertetem Wohnraum zum Inhalt habe.

Direkt an Herrn Hantusch gewandt, äußerte **Herr Otto**, dass das Schreiben der DWG auf Geheiß der Verwaltung korrigiert wurde. Ebenso habe man in der Fördermittelbeantragung Zeit verloren. An Herrn Schönemann gewandt, verwies er auf den zu erwartenden Besucherrückgang im Gesundheitsbad. Die Innenstadtrelevanz einer Schwimmhalle zweifle er an, die Gestaltung sei dort kostspieliger. Mit dem Hinweis, dass bisher keine Verständigung zu den Inhalten erfolgt sei, erklärte er, dass am innerstädtischen Standort eine künftige Erweiterung durch ein Außenbecken nicht möglich sei.

Auch **Herr Trocha** bezog sich auf die zu konkretisierenden Inhalte sowie auf die ungelöste Stellplatzfrage und votierte für die Umsetzung von höherwertigem Wohnungsbau am innerstädtischen Standort.

Zur Aufgabenstellung für die Inhalte des Schwimmhallenneubaus habe man sich bereits abgestimmt, was Bahnlänge und deren Anzahl sowie weitere Aspekte anbetrifft, so **Herr Schöne-mann**. Dies gilt es weiter zu untersetzen und zu optimieren.

Problematisch und nicht Ziel führend sei die Beschränkung, die man sich mit der Festlegung der Orientierungsgröße für die Bausumme in Höhe von 6,5 Mio. € auferlegt habe. Notwendig sei nunmehr eine verbindliche Entscheidung zum Standort.

Das Problem der Kostendeckelung von 6,5 Mio. € aufgreifend, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch** mit dem Hinweis darauf, dass diese Größe seitens des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung keine Bestätigung findet, dass im Verlauf der durchzuführenden Planungen und inhaltlichen Überlegungen die Orientierung an diesem Wert kritisch zu prüfen sei.

Zum Einwand von Herrn Trocha bezüglich der Herrichtung des Standorts für gehobenen Wohnungsbau, verwies er auf das Objekt Poststraße, dass die DWG mit dieser Zielrichtung entwickle. Am Standort Marktstraße werde das Unternehmen in den nächsten 10 Jahren keine Investitionen vornehmen und demgegenüber Kosten aufgrund des Unterhalts und Einnahmeverluste durch den Leerstand in Höhe von 100 T€ pro Jahr anfallen. Auch hierfür sei eine Hochrechnung nötig. In Vorbereitung der weiteren Entscheidungsfindung zog er als Fazit, dass die Meinung der Verwaltung in der Beschlussempfehlung beschrieben sei und alle beinhalteten Zahlen nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet wurden.

Man müsse die inhaltliche Diskussion zum Abschluss bringen und spätere Erweiterungen möglichst mit einplanen, so **Herr Otto**. Da man sich gegenüber dem Land sehr bescheiden gezeigt habe, sind höhere Mittelzuweisungen als bislang angedacht schwerlich zu erreichen.

Dass jetzt eine Entscheidung zu treffen sei, bestätigte **Herr Busch**. Er sei vom innerstädtischen Standort überzeugt, Untersuchungen zu Inhalten und Erweiterungen können im weiteren Verfahren getroffen werden. Die Synergien in der Innenstadt sind im Vergleich mit den Kriterien, die für den anderen Standort sprechen, höher einzuschätzen. Entweder man treffe eine Grundsatzentscheidung oder man verweise die Vorlage zurück.

Als Fraktion habe man ursprünglich für den Standort Ludwigshafener Straße plädiert, erläuterte **Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, da man dem Charme eines entstehenden Sportkomplexes hoch bewertete. Der Vorlage sei eine leichte Tendenz nicht abzusprechen, einige Zahlen werfen Fragen auf. Zur Beurteilung der Verkehrsbelastung, der Einordnung der Halle und der Stellplätze wäre eine Planzeichnung hilfreich gewesen.

In der politischen Entscheidungsfindung sei jedoch der Standort Marktstraße zu favorisieren, der Sichtweise der Stadtplaner müsse man sich anschließen.

Herr Laue, Fraktion der SPD, verwies auf die Ursprungsvorlage und die darin als Beispiel beinhaltete Schwimmhalle in Plauen. Diese wurde mitten in der Stadt errichtet. Auf den innerstädtischen Standort bezogen, sei die Entwicklung einer alternativen Nutzung beispielsweise eine Kongresshalle nicht zu erkennen. Um diesen Standort zu stärken, sei er für den Neubau der Schwimmhalle zu bevorzugen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 3 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.2. Berufung eines Mitglieds und dessen Vertretung für den Beirat für Stadtgestaltung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/070/2013/VI-61

Den Vorsitz zur Sitzung übernahm ab dem TOP 6.2 **Herr Trocha, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt.**

Zur Vorlage erläuterte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, die Beweggründe, die zur Berufung eines neuen Mitglieds und dessen Vertreter für den Beirat für Stadtgestaltung führten.

Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.3. Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel" der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/076/2013/VI-61

Einführend erläuterte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, mit der Sicherung der Erweiterung des Umweltbundesamtes die Notwendigkeit zur Korrektur des B-Plans. Aufgrund der geringfügigen Erweiterung des Geltungsbereichs werde diese Vorlage dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.4. Erweiterung des Stadtumbaugebietes "Fördergebiet Innenstadt" (Dessau) um das Gebiet "Eyserbeckstraße" und Aufnahme des neuen Stadtumbaugebietes "Zoberberg" (Dessau)
Vorlage: BV/083/2013/VI-61

Einführend erläuterte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass die Beschlussfassung der Legitimation der Stadtumbaugebiete und der Begründung der darin liegenden Objekte der Wohnungsunternehmen gegenüber dem Fördermittegeber dienen, sofern Anträge aus den Programmen des Stadtumbaus gestellt werden.

Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, vertrat die Meinung, dass durch die Erweiterung des Grünzuges die Zerschneidung des Stadtgebiets fortgesetzt werde.

Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.5. Befreiung zur Verlagerung und Erweiterung eines Lebensmitteldiscounters im B – Plan 101 D/D1 Vorlage: BV/077/2013/VI-61

Einführungsbedarf bestand nicht.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, befand es als unglücklich, dass man die Handelsfläche außerhalb des Zentrums um 1.000 m² erhöhen wolle. Auch die Verhinderung anderer Märkte sei durch dieses Vorhaben nicht erkennbar.

Von einer Erweiterung der Handelsfläche könne man nicht sprechen, widersprach **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**. Die Festlegung des Bebauungsplans lasse alle Sortimente zu, so dass der Eigentümer auch den kompletten Möbelmarkt mit Nutzern zentrenrelevanter Sortimente mit Flächen < 800 m² bestücken könnte. Mit der nun vorgezeichneten Entwicklung wirke man durch eine Belegung mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten entgegen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Zum aktuellen Stand des Vergabeverfahrens für den Ersatzneubau der Muldebrücke erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass sich die Verwaltung in Umsetzung der Empfehlung der Vergabekammer mit einem Fachanwaltsbüro für Vergaberecht zur weiteren verfahrensweise verständigt. Nachdem der Hilfsantrag des Antragstellers zur Zurücksetzung des Verfahrens zum Zeitpunkt der Ausreichung der Ausschreibungsunterlagen durch Beschluss der Kammer als erfolgreich gewertet wurde, werde jetzt die Ausschreibung präzisiert und ein erneutes Verfahren entsprechend der rechtlichen Empfehlung vorbereitet. Nach der Abstimmung mit dem Fachanwalt und der Klärung der offenen Verfahrensfragen sei man in die Lage versetzt, den Zeit-Maßnahmeplan fortzuschreiben.

Für den 08.05.2013 habe man mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr einen Termin vereinbart, um eine Abstimmung zur Finanzierung des Gesamtvorhabens durchzuführen. Entsprechende Ergebnisse werde man in der nächsten Bauausschusssitzung bzw. in der Stadtratssitzung zur Kenntnis geben.

Zum bisher abgelaufenen Verfahren müsse man konstatieren, dass 15 von 16 Bietern die Eindeutigkeit der Ausschreibungsunterlagen erkannt haben. Trotzdem folgte die Vergabekammer der Ansicht des Beschwerdeführers. In der Abwägung zu einem möglichen Rechtsverfahren habe man sich für ein definiertes Aufsetzen auf einen festgelegten Verfahrensstand entschieden. Die zeitlichen Verzögerungen seien genau zu definieren, zum weiteren Vorgehen sei auf laufende Gespräche mit dem Ministerium und das Landesverwaltungsamt zu verweisen.

In Bezug auf die bereits vorgebrachte „Schuldfrage“ müsse man davon ausgehen, dass die Beteiligten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. Für die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen und die Wertung der Angebote habe man ein für diese Verfahren versiertes Planungsbüro beauftragt. Verwaltungintern waren dezernatsübergreifend das Tiefbauamt, das Rechnungsprüfungsamt und das Rechtsamt am Verfahren beteiligt.

Der Verlauf des Verfahrens sei bedauerlich, eine genaue Auswertung werde folgen, dabei sei auch eine konstruktive Mitarbeit gern gesehen. Priorität habe derzeit die Fortführung des Vergabeverfahrens.

Dem Beschluss der Vergabekammer könne man entnehmen, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass selbst der Planer ein Nebenangebot nicht zur Wertung vorsah, die Verwaltung dem aber nicht gefolgt sei. Benannte Ausschlussgründe seien nicht relevant gewesen. Darüber hinaus hätte die Verwaltung das Verfahren bereits früher zurücksetzen können, jedoch mit Schreiben vom 19.04.13 auf einen Beschluss der Vergabekammer hingearbeitet.

Herr Beigeordneter Hantusch erklärte nochmals, dass auch ein Eigeninteresse daran bestehe, eine genaue Aufklärung der Schwachstellen im Verfahren vorzunehmen, um auch für künftige Verfahren entsprechende Lehren zu ziehen.

Weitere Wortmeldungen wurden zu diesem Thema nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

Eine Anfrage von Herrn Otto aus einer früheren Ausschusssitzung aufgreifend, informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, zu den Ergebnissen der Prüfung von Möglichkeiten zur Befestigung von Teilen des Innenbereichs des Achtecks und der Schaffung von Stellflächen.

Herr Otto ergänzte, dass sich seine Anfrage auf die Wünsche der Anwohner gründe. Die Grünfläche sei durch die Befahrung von Ver- und Entsorgungsfahrzeugen bereits stark geschädigt, eine Befestigung sollte in Abstimmung mit der Denkmalpflege geprüft werden.

Herr Pfefferkorn erläuterte als Lösungsansatz die Befestigung des Außenbereichs der Grünfläche in einer Breite von ca. 1,50 m, die Schaffung von Stellflächen entlang des Gehwegs und das Versetzen einiger Lichtmasten. Die Grobkostenermittlung des Vorhabens durch das Tiefbauamt habe einen Wert von 75 T€ zum Ergebnis, der Anteil der Anlieger würde sich nach der Straßenausbaubeitragsrechnung auf 45 T€ belaufen, was einem Anteil i. H. v. ca. 1 T€ pro Grundstück entsprechen würde. Zur Bereitstellung des städtischen Anteils i. H. v. 35 T€ wäre im Weiteren über die Einstellung einer entsprechenden Hauhaltsposition zu entscheiden.

Seitens **Herrn Otto** wurde dafür plädiert, dass sich die Fraktionen eine Meinung bilden und die Thematik in der nächsten Sitzung des Gremiums erneut aufgerufen wird.

Dies fand allgemeine Bestätigung.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

7.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Bezug nehmend auf den Masterplan Bauhausstadt, der am 11.07.2012 im Stadtrat beschlossen wurde und hinsichtlich der Umsetzungsmaßnahmen eine regelmäßige Berichterstattung in den Ausschüssen und im Stadtrat vorsah, verwies **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, darauf, dass bislang kein entsprechender Bericht vorgelegt wurde. In Zusammenarbeit der Fraktionen Bürgerliste/Die Grünen, SPD und FDP sei nunmehr der Entschluss gereift, einen entsprechenden Beschlussvorschlag einzubringen. Der Entwurf dieser Vorlage wurde dem Gremium ausgereicht. Eine Einbringung werde man in die nächste Hauptausschusssitzung am 22.05.13 vornehmen, sodass eine erste mündliche und schriftliche Berichterstattung in der Stadtratssitzung am 05.06.13 erfolgen könne.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Trocha, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:45 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Trocha, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 15.05.2013

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

- Anwesenheitsliste